



F r e i e H a n s e s t a d t B r e m e n

Rede des Präsidenten des Senats,

Bürgermeister Dr. Carsten Sieling,

"Antisemitismus im Land Bremen entschlossen bekämpfen"

am 8. November 2018 in der Bremischen Bürgerschaft

Es gilt das gesprochene Wort!

Bürgermeister Sieling | 8. November 2018

Anrede,

Mit folgenden Worten hat der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, vor wenigen Monaten (im April 2018) seine Besorgnis beschrieben: „*Der Antisemitismus in seiner Form, wie wir ihn im Moment erleben, ist etwas, was ich mir vor zehn Jahren in Albträumen nicht habe träumen lassen. Ich glaube nicht, dass die Anzahl antisemitischer Straftaten oder Vorfälle nennenswert gestiegen ist. Allerdings eine rote Linie hat sich offensichtlich verschoben. Denn wenn es zu tätlichen Angriffen auf Menschen kommt, nur deshalb, weil sie eine Kippa tragen, dann ist das für mich unvorstellbar, ...“.*

Ich weiß: auch Mitglieder der jüdischen Gemeinde in Bremen machen sich Sorgen über Antisemitismus in unserem Land. Kein Tag vergeht, an dem nicht irgendwo in Deutschland ein Hakenkreuz auf eine jüdische Einrichtung geschmiert, eine Hass-Mail geschrieben oder ein Jude angepöbelt wird.

Auch bei uns in Bremen ist zu hören, dass das Wort „Jude“ als Schimpfwort benutzt wird. Menschen, die eine Kippa tragen, werden tatsächlich angegriffen. Allein im Jahr 2017 wurden bundesweit 1453 antisemitische Straftaten bei der Polizei registriert. Das sind durchschnittlich vier pro Tag!

Für das Land Bremen hat die polizeiliche Auswertung für das Jahr 2017 17 antisemitische Straftaten vermerkt. Aber diese offiziellen Statistiken spiegeln die Wirklichkeit und das Lebensgefühl der Juden in Deutschland nur bedingt wider. Denn nur die wenigsten Vorfälle werden öffentlich oder finden Eingang in eine Statistik.

Doch für jedes einzelne Opfer sind sie bedrückend. Aber nicht nur für die direkt Betroffenen, nein für uns alle sind solche antisemitischen Vorfälle unerträglich!



"Antisemitismus im Land Bremen entschlossen bekämpfen"

Bürgermeister Sieling | 8. November 2018

Denn: Der Antisemitismus ist keine beliebige Form der Diskriminierung. Er kann nicht einfach gleichgesetzt werden mit anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Antisemitismus greift das ganze freiheitlich-demokratische Gemeinwesen an! Deshalb ist es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, den Antisemitismus in all seinen Erscheinungsformen entschieden zu bekämpfen!

Dass hier in Bremen schon einiges geleistet wird, zeigt das nun vorgelegte Konzept „Stopp den Antisemitismus“.

Ich bin allen Fachressorts dankbar, dass sie an diesem Konzept mitgearbeitet haben. Sie alle werden auch in Zukunft Maßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Prävention in ihrem jeweiligen Bereich etablieren.

Denn der gesamte Senat sieht sich in der Verantwortung, dieses Konzept umzusetzen und kontinuierlich weiter zu entwickeln.

Lassen sie mich einige Punkte herausgreifen, die für mich bei dem vorgelegten Konzept wesentlich sind:

- 1) Wir haben uns auf eine verbindliche Definition von Antisemitismus verständigt.

Wenn wir Antisemitismus besser erfassen und entschieden bekämpfen wollen, müssen wir definieren, was wir unter Antisemitismus verstehen.

Wir haben uns entschlossen, die Antisemitismus-Definition der Internationalen Allianz für Holocaust-Gedenken zugrunde zu legen. Sie lautet:

„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann.“

Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische



"Antisemitismus im Land Bremen entschlossen bekämpfen"

Bürgermeister Sieling | 8. November 2018

Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.

Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.“

Im vergangenen Jahr hat auch die Bundesregierung diese Definition übernommen. Sie soll in Justiz, Polizei, im Schulunterricht und im gesamten öffentlichen Bereich verwendet werden.

Wir hoffen, dass so das große Dunkelfeld aufgehellt werden kann, das es im Moment noch gibt, weil Delikte unterschiedlich eingeordnet und bewertet werden.

Eine verbindliche Definition ist dazu ein erster Schritt.

2) Ein zweiter Punkt ist mir wichtig:

Es gibt viele unterschiedliche Formen, in denen Antisemitismus in Erscheinung tritt. Über die müssen wir informieren und aufklären, mit ihnen müssen wir uns auseinandersetzen, wenn wir Antisemitismus wirkungsvoll bekämpfen wollen.

Da sind zum einen die klassischen Formen des Antisemitismus: der religiöse, der politische, der nationalistische, der soziale und der rassistische Antisemitismus.

Dabei werden zwei neuere Formen des Antisemitismus beobachtet:

Der sogenannte israelbezogene Antisemitismus und der sogenannte „Schuldabwehr-Antisemitismus“.

Lassen Sie mich ganz klar sagen: Kritik an einer politischen Entscheidung der Regierung Israels ist selbstverständlich legitim.

Allerdings ist es nicht akzeptabel,

- wenn dem Staat Israel das Existenzrecht abgesprochen wird;

- wenn Israel gesagt wird und dabei Juden generell gemeint werden;

Bürgermeister Sieling | 8. November 2018

- oder wenn Israel mit anderen Maßstäben gemessen wird als andere Staaten.

Auch diese Form des Antisemitismus hat in Bremen keinen Platz: egal ob er von rechts oder links, von Moslems, Christen oder Atheisten, von Menschen mit Migrationshintergrund oder ohne geäußert wird!

Das gleiche gilt für eine neuere Form von Antisemitismus, die oft als „Schuldabwehr-Antisemitismus“ bezeichnet wird:

Hier wird die Erinnerung an die NS-Verbrechen und jede öffentliche Auseinandersetzung mit der Schoa abgelehnt, weil darin eine Herabwürdigung der nationalen Identität gesehen wird.

Auch über diese Form von Antisemitismus gilt es aufzuklären und gegen sie anzugehen. Wir in Bremen werden weiter an einer Erinnerungskultur arbeiten.

An einer Erinnerungskultur

- die sich kritisch mit der Geschichte auseinandersetzt;
- die die Schuld anerkennt, die dieses Bundesland und seine Bürgerinnen und Bürger damals auf sich geladen haben,
- und die dabei hilft, aus der Erinnerung für die Zukunft zu lernen!

Ich freue mich, dass wir am 22. November 2018 die gemeinsame Absichtserklärung der Internationalen Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem und der Senatorin für Kinder und Bildung im Rathaus unterzeichnen können. Vermutlich wird auch der israelische Botschafter oder sein Stellvertreter an der Unterzeichnung teilnehmen. Dadurch werden Lehrerinnen und Lehrer für eine Behandlung der Geschichte der Schoa und anderer NS-Verbrechen sensibilisiert und mehr Schülerinnen und Schüler mit der Thematik erreicht.

Bürgermeister Sieling | 8. November 2018

- 3) Ein dritter Punkt ist mir wichtig: Gerade im Internet und in den sozialen Medien nimmt der Antisemitismus zu.

Die sozialen Medien gelten als der Ort, an dem judenfeindliches Gedankengut in bisher unbekanntem Ausmaß, ungefiltert und global verbreitet wird.

Das Internet fördert und beschleunigt so die Akzeptanz und Normalisierung von Judenfeindschaft in der gesamten Gesellschaft, besonders bei jungen Menschen. Deshalb ist es besonders wichtig, hier gegenzusteuern und aufzuklären. Es darf nicht sein, dass soziale Medien den Antisemitismus wieder gesellschaftsfähig machen!

Wir werden deshalb die Empfehlungen des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus und der Forschung in diesem Bereich besonders prüfen und wo möglich umsetzen.

Zum Beispiel werden wir das Bundesministerium für Justiz und Verfassung unterstützen, den Druck auf Plattformbetreiber zu erhöhen: Antisemitische und diskriminierende Inhalte müssen besser gemeldet und gelöscht werden können!

Gleiches gilt für Social Bots und Fake-Accounts, die antisemitische Hass-Reden verbreiten.

- 4) Einen letzten Punkt möchte ich nennen, der mir persönlich sehr wichtig ist: Der enge Austausch mit der jüdischen Gemeinde!

Der Vorstand der jüdischen Gemeinde hat das jetzt vorgelegte Konzept dankenswerter Weise kritisch begleitet.

Alle zwei Jahre – also in verhältnismäßig kurzen Abständen - wollen wir dieses Konzept in Zukunft ressortübergreifend überprüfen und weiterentwickeln.



"Antisemitismus im Land Bremen entschlossen bekämpfen"

Bürgermeister Sieling | 8. November 2018

Es ist uns wichtig, die jüdische Gemeinde im Land Bremen daran zu beteiligen.

Denn die Perspektive und die Erfahrungen der Betroffenen sind unverzichtbar!

Sie müssen unbedingt in die Lagebeurteilung einbezogen werden!

Anrede,

In der Polizeistatistik tauchen immer noch fast 90 Prozent der antisemitischen Delikte als rechtsextreme Delikte auf.

Aber: Antisemitismus ist nicht das Problem eines Milieus.

Antisemitismus gibt es von rechts, von links, und in der Mitte der Gesellschaft. Wir haben ihn im muslimischen, im christlichen und im atheistischen Milieu.

Uns geht es nicht um die rein statische Erfassung.

Es geht um die Ursachenforschung und die konsequente Auseinandersetzung und Bekämpfung dieser Vorfälle.

Dazu ist das vorgelegte Konzept ein erster wichtiger Schritt.

Anrede,

Morgen am 9. November jährt sich zum 80. Mal die Reichspogromnacht.

Die Pogrome markierten den Übergang von der Diskriminierung und Ausgrenzung der deutschen Juden seit 1933 hin zur systematischen Verfolgung und Vernichtung.

Sie waren der Beginn des größten und schlimmsten Völkermordes in der Geschichte der Menschheit: der Schoa.

Heute Abend bei der "Nacht der Jugend" im Rathaus erinnern wir uns – gemeinsam mit vielen jungen Menschen - an diese Geschichte.

Denn: Wie wir mit unserer Vergangenheit umgehen, entscheidet, wie unsere Zukunft aussehen wird.



"Antisemitismus im Land Bremen entschlossen bekämpfen"

Bürgermeister Sieling | 8. November 2018

Das ist der Leitgedanke dieser Veranstaltung, die es nun schon seit 20 Jahren in Bremen gibt.

Und unter einem ähnlichen Leitgedanken steht auch unser gemeinsames Gedenken morgen um 10.30 Uhr am Mahnmal in der Dechanatstraße vor dem Landherrnamt.

Anrede,

Deutschland trägt vor dem Hintergrund der Schoa eine besondere Verantwortung im Kampf gegen Antisemitismus.

Das Konzept „Stopp den Antisemitismus“, das der Senat jetzt der Bremischen Bürgerschaft vorgelegt hat, ist ein weiterer wichtiger Schritt in diesem Kampf.

Und dieses Konzept ist eine Selbstverpflichtung:

Wir werden auch in Zukunft entschieden gegen alle Formen von Antisemitismus im Land Bremen vorgehen!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.